

Hauptversammlung der Interessengemeinschaft Zahnärztlicher Verbände in Deutschland IGZ e.V. am 27. Juni 2009 in Bochum

Beschlüsse

Leistungsgerechte Vergütung

Die IGZ fordert die Abschaffung der leistungsfeindlichen Budgets. Die Grundlohnsummenanbindung der Vergütung führt zu einer stetigen Entwertung unserer Leistungen. Die Honorierung muss den heutigen betriebswirtschaftlichen Erfordernissen entsprechen.

Ost-West Angleichung

Es ist unverständlich, dass bei den Zahnärzten die dringend erforderliche Angleichung der Honorare zwischen den alten und neuen Bundesländern immer noch nicht erfolgt ist. Die IGZ fordert die Politik auf, diese Ungerechtigkeit unverzüglich zu beseitigen.

Gesundheitsleistungen sind kein Spekulationsobjekt

Mit Sorge beobachtet die IGZ die seit langer Zeit laufenden Bestrebungen von Wirtschaft und Politik, die Heilung von Menschen in Arztpraxen in eine Erbringung von Gesundheitsleistungen umzuwandeln, die man am wirtschaftlichsten in großen Einheiten organisieren kann. Nicht mehr der Kranke bzw. der Patient steht da im Mittelpunkt der Bemühungen, sondern der effiziente Ablauf innerhalb einer Betriebsorganisation. Hier sollen die vielbeschworenen Wirtschaftlichkeitsreserven gehoben werden. Vereinheitlichung aller Abläufe (einschließlich der therapeutischen) ist da wichtiger, als die Individualität des Kranken. Die Konzentration auf wenige, aber große Zentren hilft bei der wirtschaftlichen Organisation der Abläufe. Hier geht es darum, Ärzte in Medizinischen Versorgungszentren zusammenzufassen, und die ambulante Versorgung, so weit wie es sich wirtschaftlich lohnt, an die Kliniken heranzuziehen. Das führt dazu, dass die Gesundheitsversorgung in die Hand von Kapitalgesellschaften fällt, nur weil die Politik sich davon eine Ersparnis bei den Gesundheitsausgaben verspricht.

Ganz davon abgesehen, ob die erwartete Ersparnis je eintreten wird, oder wenn doch, von Dauer sein kann, hält die IGZ diesen Weg für einen Irrsinnsweg. Unsere Patienten haben den Anspruch auf eine flächendeckende, wohnortnahe medizinische Versorgung. Außerdem ist das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient von entscheidender Bedeutung für den Heilerfolg. Die IGZ fordert darum die Politik auf, für den Erhalt der freien Praxen mit niedergelassenen (Zahn)Ärzten einzutreten und auch die dafür erforderlichen Bedingungen zu schaffen, oder zumindest aufzuhören, den kapitalgestützten Ketten- und Großpraxen Wettbewerbsvorteile zuzuschancen.

Die IGZ steht neuen Formen der zahnärztlichen Berufsausübung offen gegenüber. Jeder soll entsprechend seiner Lebensplanung seinen Beruf ausüben können. Voraussetzung für die IGZ ist allerdings die Ausübung des Berufes in Freiberuflichkeit und Eigenverantwortung.

Einheitsversicherung

Die Meldungen, dass nur wenige Krankenkassen genötigt sein werden, Zusatzbeiträge zu erheben ist zunächst einmal erfreulich. Höchst bedenklich ist aber, dass das Bundesversicherungsamt für sich in Anspruch nimmt, daran positiv mitgewirkt zu haben, indem es mehreren Krankenkassen empfohlen habe, mit finanzstärkeren Kassen zu fusionieren. Es ist nicht Aufgabe des BVA auf die Einheitskasse hinzuarbeiten. Wettbewerb verlangt nach Konkurrenz und nach Vielfalt, auch bei den Krankenkassen.

GOZ

Die Politik ist aufgerufen, eine Gebührenordnung zu schaffen, die sowohl der Vielfalt der Zahnmedizin, als auch ihrem neuesten wissenschaftlichen Stand entspricht. Ebenso müssen die für die einzelnen Leistungen angesetzten Gebühren den heutigen betriebswirtschaftlichen Erfordernissen entsprechen.

Festzuschüsse

Die IGZ befürwortet eine Ausweitung der Festzuschusssystematik auch auf andere Gebiete der Zahnmedizin. Neue Festzuschussregelungen dürfen dabei weder zu Bürokratiemonstern werden, noch zu Honorarverlusten führen.

Gesundheitsfonds

Der Gesundheitsfonds muss ersatzlos abgeschafft werden und unser Gesundheitswesen muss zu einfachen, überschaubaren Strukturen zurückkehren.

Elektronische Gesundheitskarte

Der erste Rollout der elektronischen Gesundheitskarte hat alle Befürchtungen bestätigt. Die Handhabung ist umständlich, Vorteile für Patienten oder Praxis entstehen keine. Da auch keine wirklich neuen Funktionen gegenüber der alten KVK darstellbar sind, sind die hohen Investitionen für die Praxen nicht zu rechtfertigen. Es entsteht der Verdacht, dass sich wieder einmal Industrie-Lobbyisten durchgesetzt haben. Die Politik nutzt dies, um ein zentrales Kontrollmittel für eine zukünftige Einheitskasse zu etablieren.

Die Sammlung aller medizinisch relevanten Daten unserer Patienten auf Zentralservern wird inzwischen auch von den Datenschützern abgelehnt. Diese Datensammlungen sind nicht nur unsicher und jedem kriminellen Zugriff preisgegeben, sie werden auch automatisch die Begehrlichkeiten aller Stellen wecken, die für sich ein mehr oder weniger berechtigtes Interesse reklamieren werden. Es könnte der Tag kommen, an dem man keine Versicherung mehr abschließen und auch keinen Arbeitsplatz mehr bekommen kann, wenn man nicht die datenrechtliche Freigabeerklärung unterschreibt. Vor dieser Erpressung schützen wir unsere Patienten am besten, wenn wir diese Sammelstellen nicht einrichten.

Akademisierung der Hilfsberufe

Die IGZ sieht keinen Bedarf an halbakademischen medizinischen Assistenzberufen. Die Intention, hiermit den Ärztemangel zu überbrücken, ist nur ein Vorwand, um an billigere Arbeitskräfte für die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung zu kommen. Einmal mit kurativem Auftrag versehen, wird man die Angehörigen dieser Berufsgruppe nie wieder auf einen Assistenzstatus zurückversetzen können, sollten wieder genug Ärzte vorhanden sein. Das scheint also auch nicht die Intention der Politik zu sein. Intention ist es vielmehr, (Zahn)Ärzte dauerhaft durch solche fortgebildeten Hilfskräfte zu ersetzen.

Ärztemangel

Die IGZ ruft die Politik auf, bessere Bedingungen für die Ausübung des Arztberufes zu schaffen. Insbesondere Berufsanfänger müssen motivierende Arbeits- und Lebensbedingungen vorfinden, sollen sie nicht auch weiterhin außer Landes getrieben werden.

Bologna Prozess

Die IGZ lehnt eine Aufteilung des zahnmedizinischen Abschlusses in Bachelor und Master ab. Es stellt sich ohnehin die Frage, zu welchem Beruf ein Bachelor in Zahnmedizin befähigen soll. Die IGZ fordert, dass die universitäre Lehre in Deutschland verbessert wird und den neuesten Wissensstand vermittelt. Ziel der universitären Ausbildung soll der berufsfertige Zahnarzt auf dem aktuellen wissenschaftlichen Stand sein. Es kann nicht sein, dass deutsche Universitäten halfertige Zahnärzte in das Berufsleben entlassen, um dann mit der Nachbildung ihrer eigenen Absolventen das große Geschäft zu machen.

Keine weitere Aufsplitterung der Zahnärzteschaft

Die IGZ sieht auch keine Notwendigkeit, weitere Fachzahnarztbezeichnungen einzuführen. Eine weitere Aufsplitterung des Berufsstandes ist unbedingt zu vermeiden. Die Bemühungen einzelner

Fachverbände, dem kleinen Kreis ihrer Mitglieder Teile des Budgets exklusiv zu reservieren, zeigen, wohin die Reise gehen soll. Zustände wie bei den Ärzten wollen wir für die Zahnärzte nicht!

Die gesamte Bandbreite der Leistungen soll von der gesamten Zahnärzteschaft angeboten werden dürfen. Es erfolgen keine Leistungsausschlüsse.

Politik mit Augenmaß

Die IGZ fordert eine Fortsetzung der pragmatischen Politik der verfassten Zahnärzteschaft. Eine Rückkehr zur antiquierten Konfrontationspolitik wäre fatal.

Erhalt der Körperschaften

Die IGZ fordert den Erhalt der Körperschaften, auch als Interessenvertretung der Zahnärzteschaft.